

Die sogenannte **Zabern-Kommission** des Reichstages, die Kommission zur Regelung der militärischen Machtbefugnisse ist zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten, zu der auch der Reichszentralrat einen Vertreter entsandt hatte. Ein Zentrumsmittglied ersuchte die Regierung um Vorlegung des Materials über die geltenden Landesgesetze, da die Stellungnahme des Zentrums von dieser Vorlegung abhängig. Vertreter der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittler schlossen sich diesem Antrag an. Dagegen hielt ein Redner der Konservativen die Reichsgesetzgebung nicht für zuständig; die Kommando-gewalt sei nicht einmal im Einzelstaat an die Mitwirkung des Parlaments gebunden. Der Regierungsvorsteher stellte in Aussicht, daß das Material vorgelegt werde, hielt aber im übrigen das Reichsgesetz nicht für zuständig, da es das Verhältnis des Militärwesens zur Polizei bestimmen wolle, das der Landesgesetzgebung unterliege. Ein Reichsgesetz könne nur nach vorheriger Abänderung der Verfassung erlassen werden. Dem würden aber die Verbündeten Regierungen nicht zustimmen.

Die Wirkung des **Steuergeneralpardon**s tritt dauernd stärker in Erscheinung. So sind z. B. im Kreise Schwaben an Kapitalvermögen bisher 11 055 550 Mark mehr als früher deklarieren worden. Davon entfallen auf die Stadt Schwaben allein 5 023 915 Mark. Im Fürstentum Birkenfeld haben sich bei der Erklärung zur Wehrbeitragsteuer 19 Millionen Mark mehr ergeben als bisher versteuert wurden. Auf die Städte Jbar und Oberstein kommen davon 11 Millionen Mark.

Dem bisherigen bulgarischen Gesandten in Berlin, Gekhow, wurden vom Kaiser die Brillanten zum Kronenorden erster Klasse verliehen.

Der König der Belgier hat bei seinem Reitanfall außer einem leichten Bruch des linken Armes noch eine Kopfverletzung am linken Knie davongetragen. Der Allgemeinzustand ist befriedigend.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 18. Febr. Das infolge von Mängeln in der Flugordnung des Johannisthaler Flugplatzes erlassene Flugverbot für Offiziere ist aufgehoben worden, nachdem der Deutsche Luftfahrer-Verband für Abstellung der Mängel Vorlage getroffen hat.

Dresden, 18. Febr. Die sächsische Regierung hat die Abfuhr von Beamten und Lehren das uneingeschränkte Wahlrecht zum Landtag ausgedehnt. Bisher hatten sie für die Annahme einer Wahl zur zweiten Kammer die Genehmigung der Regierung nachsuchen.

Gera, 18. Febr. Bei den Ertragswahlen zum Gemeinderat errang das Bürgerturn einen vollen Erfolg, indem es von den vierzehn freierwerbenden Gemeinderatsmitgliedern zwölf an sich brachte. Damit wird die seit drei Jahren bestehende sozialdemokratische Mehrheit beseitigt. Die Sozialdemokraten verfügen heute nur noch über 10 Vertreter gegenüber 29 des Bürgerturns.

Petersburg, 18. Febr. Ein in Odessa angefangener Vortrag des deutschen Professors Werner Sombart ist verboten worden.

Paris, 18. Febr. Die Dumanité veröffentlicht eine vom Kriegsministerium an den Generalstab gerichtete Note, in der erklärt wird, daß die Zahl der Kranke und Sterbefälle in der französischen Armee weitaus größer sei als in der deutschen und vielleicht sogar größer als in allen Armeen der Welt.

Madrid, 18. Febr. Ministerpräsident Dato demotiert kategorisch das Gerücht, daß die Könige von England und Spanien und Kaiser Wilhelm binnen kurzem auf den Kanarischen Inseln zusammenzutreffen würden.

Danzig, 18. Februar. Ein Großfeuer scherte auf der Speicherinsel zwei massive Speicher völlig ein. Auch ein Wohnhaus wurde vom Feuer ergriffen. Bei den Löscharbeiten erlitten einige Feuerwehrleute Verletzungen. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark angegeben.

Danau, 18. Febr. In Buchenberg in Oberböhmen hat sich der greise Landwirt Durbad erhängt. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er sich aus Ärger über die Veranlassung seines Befehlshabers zur Wehrleuer das Leben genommen hat.

Frankreich.

Die **Kosten der Deckerwehrung** sind ganz gewaltig angewachsen. So fordert die Regierung statt der ursprünglich vorgesehene 860 Millionen für außerordentliche militärische Aufgaben jetzt 1410 Millionen. Die Erhöhung der Ausgaben wird vor allem durch den Antrag Vincent verurteilt, der die vollständige Durchführung der dreijährigen Dienstzeit ohne jeden Dispens fordert. Es wird daran erinnert, daß Deutschland von 1900 bis 1912 eine Summe von 2054 Milliarden für außerordentliche Kredite für Rüstungszwecke verausgabte hat, während Frankreich in dem gleichen Zeitraum nicht mehr als 984 Millionen zu gleichen Zwecken verwendete. Erwähnenswert ist, daß in dieser neuen Kreditforderung sich ein Betrag von 130 Millionen findet, der ausschließlich für die Errichtung neuer Militärübungsplätze verwendet werden soll.

Schweden.

Das **neue Ministerium** ist nunmehr durch den Landeshauptmann v. Hammarström endgültig gebildet worden. Hammarström übernimmt den Vorsitz und das Kriegsministerium. Der neue Ministerpräsident v. Hammarström ist im Auslande als Mitglied des Saager Schiedsgerichts und als Präsident des Schiedsgerichts in der Colablanca-Angelegenheit bekannt. Der neue Finanzminister Vennersten ist einer der schwedischen Unterhändler für den neuesten Handelsvertrag zwischen Schweden und Deutschland gewesen. Das hauptsächlichste Ziel des Ministeriums wird offenbar die Lösung der Landesverteidigungsfrage sein.

Griechenland.

Die **Antwort Griechenlands an die Mächte** in der Inselfrage wird voraussichtlich Ende dieser Woche erfolgen. Man glaubt, Griechenland werde erklären, daß es die von den Mächten gefassten Beschlüsse loyal ausführen und anwenden werde, doch werde Griechenland hinzuzufügen, die Bedingung der Nichtbesetzung der Inseln schließt die Notwendigkeit von seitens der Mächte zu gebender Garantien in sich, daß die Inseln nicht angegriffen werden. Deshalb werde Griechenland dementsprechende Versicherungen seitens der Mächte erwarten. Ferner werde Griechenland erklären, daß es die Rechte der Minoritäten achten, andererseits die persönliche, nationale, religiöse und Schulfreiheit für Griechen, die albanische Staatsangehörige werden, sowie für jene griechischen Inselbewohner, die türkische Untertanen werden, verlangen werde. Endlich werde Griechenland fordern, daß die Küste gegen Korfu nicht besetzt werde.

Hatti.

Der **Sieg der Revolutionäre** darf nunmehr als vollständig gelten. Die Truppen des Präsidenten Janor erlitten nämlich gleich bei dem ersten Versuch, die Re-

volutionsarmee, die die Ansprüche des Generals Theodore auf die Präsidentschaft unterläßt, zu vernichten, eine hoffnungslose Niederlage. Bei Gonaines wurden die Regierungstruppen mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Nach verlässlichen Berichten aus Borte-au-Prince glaubt man, daß Janor nach dieser Niederlage der Landarmee die ganze Flotte bei Kap Haitien zusammenschieben und einen Anmarsch von der See her unternehmen werde.

Stimmungsbild aus dem Landtag.

In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wird das Königl. Dekret, betreffend die staatliche Schlachtviehvericherung, nachdem alle bürgerlichen Redner Bedenken und Verbesserungs-vorschläge geäußert haben — nur die Sozialdemokraten halten es für gut — der Gesetzgebungsdeputation zur Vorberatung überwiesen. Eine ausgedehnte Aussprache entspannt sich über das Wasserrecht. Der Konservative Oplig und der Nationalliberale Nitzsche beklagen die zahlreichen Gärten, die sich bei der Handhabung des Gesetzes herausgestellt haben und bitten um Abhilfe. Dem Antrag der Fortschrittler, den Gemeinden das Recht auf Entleerung von Grundwasser einzuräumen, stimmen nur die Sozialdemokraten zu.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Rauenhof, 19. Februar 1914.

Westblatt für den 20. Februar.

Sonnenaufgang	7 ¹⁰	Mondaufgang	5 ¹⁰ P.
Sonnenuntergang	5 ¹⁰	Monduntergang	11 ¹⁰ P.

1790 Kaiser Joseph II. von Österreich in Wien gest. — 1810 Andreas Hofer in Mantua erschossen. — 1824 Preußischer General der Befreiungskriege Bogislav v. Arnim. Graf Tauentzien v. Wittenberg in Berlin gest. — 1871 Französischer Dramatiker Eugène Scinde in Paris gest.

Die Mitteilungen lokaler Zeitungen aus allen Orten für unsere Zeitung sind wir herzlich dankbar.

Das **neue Schulgesetz**, das dem Landtage schon zur Beschlußfassung zugegangen ist, kann für den inneren Schulbetrieb recht ungünstige und unerwünschte Wirkungen haben. Bisher erhielt jede Gemeinde mit jeder neuangelegten Stelle auch eine höhere Staatsbeihilfe. In Zukunft soll dieser Mehrbetrag wegfallen; die Staatsbeihilfe richtet sich nach der Schülerzahl, nicht auch mit nach der Lehrerzahl. Das kann zur Neugründung von Lehrstellen einschließen wird. Man wird damit meist so lange warten, bis die Klassen so stark besetzt sind, als es das geltende Schulgesetz nur zuläßt. Der Fortschritt in der Volksschule, der aufs engste mit der Klassenbesetzung verbunden ist, würde verlangsamt, wenn nicht überhaupt verhindert werden.

Die **Tage nehmen zu!** Jeder Morgen und Abend bringt uns diese frohe Kunde, diese hoffnungsvolle Botschaft der lieben Sonne, die täglich fünf Minuten länger uns mit ihrem Besuch erfreut —! Die Tage nehmen zu, nun geht's langsam dem Frühling entgegen. Klein und bescheiden ist der Anfang, gut Ding will eben Weile haben, schließlich sind aber doch aus den Minuten volle Stunden geworden, und es wir's recht bedenken, wie alles so schnell gekommen, feiern wir Auf-erstehung! Schon lugt die Morgenröte durchs Fenster ins Stübchen herein; aber gemach, es kann trotz alledem immer noch häßlich kalt werden! Besser ist schon, man verhält sich abwartend in Hinsicht der Frühlingsspektiven und läßt sich vorläufig genügen in dem Bewußtsein, daß die Tage länger werden!

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Drogerien Hermann Wiedemann in **Rauenhof** ist infolge eines von dem Gemeinschuldner vorgeschlagenen Zwangsvergleichs Vergleichstermin und für den Fall der Annahme des Vergleichs zugleich Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung auf den 6. März 1914, vormittags 1/12 Uhr anberaumt worden. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Leipzig-Vorortener Bauvereins-Verein in **Vorsdorf**. Die Generalversammlung, in der sieben Aktionäre mit 63 300 M Aktienkapital vertreten waren, beschloß, den sich nach Abzug des Verlustes von 375 M ergebenden Betrag von 19 196 M auf neue Rechnung vorzutragen.

Vorsdorf. Der hiesige Ortsverein, der kürzlich beim Bezirksausschuß Einspruch gegen die Aenderung der Gemeinderatswahl eingereicht hatte, ist jetzt abgewiesen worden. Hiergegen soll nunmehr Rekurs eingelegt werden.

Die **Finanzdeputation A** der zweiten sächsischen Kammer verhandelte über die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch ergab es sich, daß die weit überwiegende Mehrheit der Deputation für die Verlegung ist.

Der **Sächsische Viehkaufmännere-Verein** hat an den Landtag eine Petition gerichtet, in der er bittet, „das Gewerbe der Viehkaufmännere gesetzlich zu regeln und für dessen gewerbemäßige Ausübung besondere Verordnungen zu erlassen.“

Ohne **Reklame kein Geschäft**. Ein interessantes Urteil, das auch scharfe Streiflichter auf die Bedeutung der Zeitungsinserion wirft, fällt am 4. Februar das sächsische Oberlandesgericht. Ein Möbelhändler in Dresden hatte verschiedene abfällige Ausäußerungen der Konkurrenz dem laufenden Publikum gegenüber erfahren und strengte gegen verschiedene Personen die Privatbeleidigungsklage an. Vor einiger Zeit wurde dann auch ein zweiter Möbelhändler wegen verschiedener Ausäußerungen verurteilt. Das Landgericht als Berufungsinstanz konnte feststellen, daß er unter Äußerung seiner Berufung der Rundschau gegenüber verschiedene abfällige Bemerkungen getan hat. So soll er u. a. gesagt haben, daß der Kläger seine Geschäfte nur durch Ueberrumpelung abschließe und das Publikum durch seine Reklame, die doch nur der Käufer bezahlen müsse, dumm mache. Die Revision des Beklagten wurde vom Oberlandesgericht verworfen. Die Feststellungen des Landgerichts müßten als einwandfrei bezahlet werden. Der Ausdruck, daß der Kläger durch seine Reklame die Rundschau dumm mache, und die Käufer die furchtbare Reklame bezahlen müßten, bedeute zweifellos eine Beleidigung. Alle Welt wisse heute, daß die Reklamekosten von den Konsumenten getragen werden müßten. Das sei ein kaufmännischer Brauch, und er verträge sich auch mit der kaufmännischen Ehre. Ohne Reklame sei kein Geschäft zu machen.

Grimma. Das hiesige alte Rathaus, das im Jahre 1442 erbaut worden ist und mit seinen einfachen, aber ein-drucksvollen Formen dem Marktplatz sein charakteristisches Ge-präge gibt, muß einer äußeren Erneuerung unterzogen werden.

Die **Beratung der Vorlage im Stadtverordnetenkollegium** regte ein Stadtverordneter an, nicht nur eine kleine Reparatur vorzunehmen, sondern eine umfassende Erneuerung ins Auge zu fassen, um das Rathaus, dieses altherwürdige Städtebauemblem, für längere Zeit zu sichern. Das Kollegium trat dieser Anregung einstimmig bei und beschloß, das Urteil eines Sachver-ständigen über den Wert und die Erneuerungsmöglichkeit des Rathauses einzuholen. Im Auftrage der Königl. Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler hat Oberbaurat Scharenberg (Leipzig) das Gebäude einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Er hat gefunden, daß die Außenmauern standfest und haltbar erscheinen, das Innere und das Dach aber lauffähig sind. Vom Städtebauhistorischen Standpunkt aus befürwortet Scharenberg die Erhaltung des Rathauses, das eines der ältesten Rathäuser Sachsens ist, aufs angelegentlichste. Die Kosten des Erneuerungsbauwerks schätzt er auf etwa 100 000 M. Diese Summe aus eigener Kraft aufzubringen, ist die Stadt, die in den letzten Jahren sehr in Anspruch genommen war und jetzt wieder vor einem Krankenhausneubau steht, der etwa 300 000 M kosten dürfte, nicht in der Lage. Man denkt an die Aufbrin-gung der Kosten durch eine Lotterie und hofft, die ministerielle Genehmigung dazu zu erhalten.

Leipzig. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Leipzig hatte vor einiger Zeit eine Ausschussführung der Krankenkasse im Leipziger „Volkshaus“ abhalten wollen. Dies hatte jedoch der Stadtrat zu Leipzig (Versicherungsamt) auf Antrag von 13 Mitgliedern des Ausschusses verboten, weil Personen, die nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehen und auch nicht Anhänger derjenigen politischen Partei sind, der die Gewerkschaften ihr Vereinshaus als Heim zur Verfügung gestellt haben, nicht zugemutet werden könne, als ehrenamtliche Mitglieder einer unpolitischen sozialen Einrichtung dieses Haus, wenn auch nur zu Versammlungszwecken, zu betreten. Auf die Beschwerde des Kassenvorstandes gegen diese Verfügung beschloß das Landesversicherungsamt am 31. Januar das Verbot. Aus den jetzt veröffentlichten Entschuldigungsgründen dürfte folgendes interessieren: „Von maßgebender Bedeutung ist, daß die Ausschussführung nach § 33 der Reichsversicherungsordnung auch bei Streit über die Rechte und Pflichten der Organe von Versicherungsträgern zu entscheiden hat. Im vorliegenden Falle besteht aber Streit darüber, ob die Mitglieder des Ausschusses sich für ihre Verhandlungen auf einen Raum, dessen Betreten ihnen vom Stand-punkte ihrer versicherungsmäßig und königstreuen Bestimmung anständig ist, verweisen lassen müssen, wenn andere geeignete Räume ausreichend zur Verfügung stehen. Hiernach war nicht anzuerkennen, daß das Versicherungsamt mit seinem Verbote die Grenzen seiner Befugnisse überschritten habe. Auch in sachlicher Begründung gab die Entscheidung des Landesversicherungsamtes keinen Anlaß zur Beanstandung.“

Die **Leipziger Vormesse**, zu der Musterlager und Musterkollektionen von Porzellan und anderen keramischen Waren, Glas, Metall, Leder, Holz, Korb-, Papier-, Japan- und China-Waren, Puppen und Spielzeug, optischen Artikeln, Musikinstrumenten, Schmuckstücken, Seifen, Parfümerien, Sport- und Luxusartikeln, Haus- und Wirtschaftsgütern aller Art sowie verwandte Waren aller Gattungen ausgestellt werden, beginnt Montag, den 2. März 1914. Die meisten Ausstellungen sind von da an nur eine Woche geöffnet, obwohl es zwei Wochen gehattet ist.

Einem tragischen Geschick zum Opfer gefallen ist der Baumeister Friedrich Pfeiffer in Mühlgrün, der anlässlich eines Besuches bei seinem Sohn, einem Förster in Frauwalde bei **Burzen**, mit diesem eines Tages von der Jagd zurückkam. Die Frage des Sohnes, ob des Vaters Gewehr entladen sei, bejahte dieser. Da plötzlich, als beide eben im Begriff waren die Wohnung zu betreten, entlud sich auf bisher unaufgeklärte Weise das Gewehr und die Kugel drang dem Vater in den Fuß. Die anfangs unbedeutende Wunde verschlimmerte sich derart, daß schließlich die Amputation des Beines vorgenommen werden mußte. Doch auch dieses letzte Mittel half nichts, und in wenigen Tagen hauchte wahrscheinlich infolge einer Blut-ergießung der noch rüstige Mann seinen Geist aus.

Die **Verrentbank zu Muszken** zahlt dieses Jahr 7 Prozent Dividende.

Geithain. Hier klagt man erneut über die unzu-verlässige elektrische Stromabgabe der Luz. Man rügt öffentlich, daß sie ganz nach Belieben den Strom ausschaltet.

Dem in **Gaußig** lebenden Marinepater a. D. Wangemann, der sich um die koloniale und Flottenpropaganda besonders verdient gemacht hat, hat der Kaiser sein Bildnis mit eigener Namensunterschrift geschenkt.

Wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse hatten sich die Redakteure Meyer und Ruttner von der in Chemnitz erscheinenden „Volkstimme“ vor dem Schöffengericht **Chemnitz** zu verantworten. In einem Artikel der „Volkstimme“ war dem Stadtrat zu Burghärdt Wahlrechtsraub vorgeworfen worden. Die beiden Angeklagten wurden antragsgemäß verurteilt, und zwar Meyer, der zurzeit zwei Monate Gefängnis wegen Beleidigung verbüßt, zu einer Woche Gefängnis als Zusatzstrafe, Ruttner zu 250 M Geldstrafe.

Zusammenkunft ehemaliger „China- und Afrika- kriegler“ in **Dresden**. Am 8., 9. und 10. August 1914 findet in Dresden eine Zusammenkunft ehemaliger China- und Afrikakriegler, sowie Kolonial- und Befehlsgruppen statt. Der „R. S. Mil.-Berein ehem. Ueberseetruppen“, Dresden, arbeitet schon jetzt an der Aufstellung eines umfangreichen Programms und wollen jetzt schon Anmeldungen ergehen an Kamerad Guido Thümmel, Dresden 28, Deubenerstr. 23.

Einem Prozeß um die Summe von 400 000 Mark hat die führende Tabaktruhfirma in Deutschland J. G. Jas-mahl, A.-G., gegen die Firma Georg Jasmahl u. Söhne in **Dresden** angehängt. Es handelt sich um eine Konventional-strafe von 400 000 M., die angeblich verurteilt sein soll, weil der Konsul Jasmahl die bei der Gründung der Aktiengesellschaft eingegangene Konkurrenzklause, sich 10 Jahre lang nicht an einen Unternehmen zu beteiligen, das der Aktiengesellschaft Konkurrenz zu machen geeignet sei, nicht eingehalten habe. Die Verhandlungen fanden am Montag vor dem Landgerichte in Dresden statt. Die Klage ist erst darum so spät eingereicht worden, weil die Aktiengesellschaft erst jetzt in den Besitz des Materials gekommen sei. Das Urteil wird am 9. März ver-fälend.

Wadeberg. Einen nicht alltäglichen Ausgang nahm das Konkursverfahren gegen einen hiesigen Fahrwerksbestger.

Bei der jetzt er-folgreichsten und zu berücksichtigen nach Abzug aller — Die F infolge der neue-mendungen für nötig, eine Erhö-Die Vertragsleist — Zwei-thal spielten meh-traf den fünfjäh-brachte ihm unter-bei, die seine U — Oefen-Bahnpoststraße K-Kraftwagen der 20 Personen bef-verletzt wurden, geträumerten F-Trümmer gegang — Altes-

kommen, daß ein die gesamte Einm-gliederverein von-weis erbringen u-bestehende Verein-diesem Essen nah-zwei Jentner J-hofft aber, daß das Interesse für-wird. Gerade in-felten sind, kann

O **Deutsche** Dampfer der A-Amerika-Linie -Schwimmenden-Gurben ein-Dafenanarbeiten-fahren, daß die-Ramen Amerika-festgelegt werde-der Riefendamm-und dem „Im-dampfer „Bate-lange Landung-Landungsanlage-dem Betriebe ü

O **Millionen** Juli v. J. zu-Bankfirma u. d-besitzern sich, -Die Unterfichta-Während dieser-gekommen, durch-hauses zu täusch-erschloß sich ein-foal der Firma-verhaftet, und-die Beamten S-war auch der L-Interessengemein-gechlossen hatte-Parbesitzer der-Schaden überne-

O **Denkmal** lassung einer O-für die verung-„L“, die bei-funden haben, -lichtigt, das De-erriichten, von m-

O **Neuer** den-Linnefogel hat-flog auf einem-Johannisthal-m-Bahngüter auf-Bitterung und

Ro-„Du führst-zend er ihr be-„Ja, ich mi-Teil uneres-gische Maßreg-der hier. Jäh h-auf seine Uhr-mitbringen, G-chen?“

„Ach, ich n-nein, nein, ich-dulden ja kein-verzeih“ meine

Gefina legt-Aips überzogen-„Aber, Gef-und hütet neben-seine Schulter l-

Das war d-wartete. Er it-tüht ihr die Trö-Du bist trö-Dich alle zu

Er sagt es f-von Nichtrauer-leise Angebuld-„Nein — r-Stimmung oon-einer notwendi-Neubert, ich b-Ge lächelt u-„Du müßtest-er vor, „mach-ten Besuch.“

„Ach die,“ se